

PARLAMENTSREDE von Andreas Otto, MdA – Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 85. Sitzung vom 23. Juni 2011 zum Thema: **Gesetz über den Sozialen Wohnungsbau in Berlin (Wohnraumgesetz Berlin – WoG Bln)** [Drucksache 16/4303](#)

Andreas Otto (Grüne)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer in Berlin etwas für die Mieterinnen und Mieter tun will, der muss sich um das Thema Zweckentfremdung, um das Thema der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, um die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und um die Sozialwohnungen kümmern. All das hat die Koalition in den letzten Jahren viel zu wenig getan. Wohnungspolitik hat im Prinzip überhaupt nicht stattgefunden. Das wollen wir ändern.

[Beifall bei den Grünen – Zuruf von Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion)]

Sie haben die energetische Sanierung nicht vorangebracht. Das Klimaschutzgesetz haben Sie beerdigt. Sie haben an die Mietregelungen, an die soziale Mietenpolitik viel zu wenig gedacht. Denken Sie an Ihre Bundesratsinitiative, die im Bundesrat beerdigt worden ist!

[Uwe Doering (Linksfraktion): Wer sagt Ihnen das? Woher haben Sie diese Weisheit?]

Wir haben hier eine Reihe von Anträgen zu diesen Themen eingebracht. Die meisten haben Sie leider abgelehnt. Einige sind in sehr vereinfachter, abgekürzter Form doch zur Abstimmung gelangt. Einer davon ist die Initiative „Keine Mieterhöhung bei schlechter Dämmung“. Der Regierende Bürgermeister hat Anfang dieses Jahres erklärt, dass hohe Mieten in Ordnung sind. Zwei Monate später hat er erklärt, dass hohe Mieten doch nicht so in Ordnung seien; deshalb sollte man bei der energetischen Sanierung lieber weniger tun, das könnte zu teuer werden.

Daraufhin haben wir gesagt, es muss nachgedacht werden – die landeseigenen Gesellschaften sind immer ein wenig unser Hauptstandbein –, und haben aufgeschrieben, dass die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bei den Wohnungen, die im schlechtesten Zustand sind, auf Mieterhöhungen verzichten sollen, so lange, bis sie energetisch saniert sind. Das war unsere Idee. Damit wollten wir Herrn Wowereit entgegenkommen, vielleicht ihn auch prüfen. Die Koalition will das heute ablehnen. Das ist Ihre Wohnungspolitik.

[Beifall bei den Grünen]

In der Antragsreihe „Wohnungsmarkt sozial gestalten“ haben wir heute das Anliegen des Kündigungsschutzes nach Umwandlung in Eigentumswohnungen auf dem Tisch. Wir sind froh, dass wir nach fünfmaligem Vertagen im Bauausschuss jetzt wenigstens eine Beschlussempfehlung haben, wenngleich auch sie unserer Anfangsintentionen, die Zehn-Jahres-Frist, das, was das BGB hergibt, auszunutzen, nicht ganz entspricht. Sie haben es auf sieben Jahre gekürzt. Trotzdem sagen wir, dass es ein Erfolg für die Mieterinnen und Mieter in Berlin und nicht zuletzt ein Erfolg von Bündnis 90/Die Grünen ist.

[Beifall bei den Grünen]

Für uns hat Wohn- und Mietenpolitik Priorität, nicht nur heute. Wir haben uns das Wohnraumgesetz angeschaut. Das Wohnraumgesetz ist ein Wahlkampfgesetz und ein Spargesetz. Mit wenigen Paragraphen versuchen Sie, ein Thema zu bearbeiten und zu lösen, das schon sehr viel diskutiert wurde, bei dem sehr viel schief gegangen ist und bei dem sehr viel Geld, öffentliche Mittel bereits verschwendet wurden. Ich habe ein Zitat von 1979 aus dem Wahlprogramm der Alternativen Liste gefunden. Da stand zur Politik der SPD: Die Stadt wird ärmer. Die Kapitalanleger plündern die Staatskassen aus. Heute und auch mit Ihrem Gesetz werden nicht nur die Staatskassen ausgeplündert, sondern auch die Mieterinnen und Mieter in den Sozialwohnungen. Das ist ein Skandal.

[Beifall bei den Grünen]

Es gibt Fälle wie im Fanny-Hensel-Kiez, in denen die Leute Kostenmieten bezahlen müssen für Kosten, die es gar nicht gibt, weil die Erwerber der Gebäude viel weniger Geld bezahlt haben, als die darauf liegende Schuldentlast ausmacht. Diese Kostenmiete ändern Sie mit Ihrem Gesetz überhaupt nicht. Es wird weiter solche schlimmen Fälle geben. Es wird weiter Fälle geben, in denen Leute ihre Wohnung verlassen müssen und in denen die vielen öffentlichen Mittel, Millionen Euro, die in diese einzelnen Objekte geflossen sind, verloren sind. Diese Millionen sind für eine soziale Wohnungsversorgung in Berlin verloren.

Sie hätten ein Gesetz machen müssen, das da eingreift und regelt. Das ist Ihnen nicht gelungen. Deswegen würden wir es für sehr viel besser halten, wenn Sie dieses Gesetz heute zurücknehmen würden und wenn wir in Ruhe und vielleicht auch gemeinsam an Lösungen arbeiten würden. Das wäre der Problematik und den Mieterinnen und Mietern in 160 000 Sozialwohnungen viel angemessener als dieser Schnellschuss, den wir nur ablehnen können.

[Beifall bei den Grünen]

Das Gesetz regelt weder das Thema der fiktiven Kosten. Es regelt auch nicht die Zukunft eines Wohnungsbaus. Es behandelt nur am Rande das Thema der Belegrechte. Sie haben die Belegrechte für die Sozialwohnungen fast voll-ständig aufgegeben. Die Belegrechte könnten Sie auch ohne Gesetz wieder einführen. Die Belegrechte könnten wir in bestimmten Teilen der Stadt nutzen. All das wollen Sie nicht. Sie wollen mit Ihrem Gesetz einseitig auf die Barwertablösung setzen und den Eigentümern da entgegenkommen.

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Herr Otto! Ihre Redezeit ist zu Ende.

Andreas Otto (Grüne):

Das greift viel zu kurz. Das ist nicht adäquat. Wir finden, dass wir hier ein besseres Gesetz brauchen. Abschließend möchte ich noch sagen: Wenn Sie dieses Gesetz hier heute beschließen, ist die nächste Koalition, egal wie sie heißt, –

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Herr Otto, Sie müssen bitte zum Schluss kommen!

Andreas Otto (Grüne):

– in der schwierigen Lage, damit umgehen zu müssen. Man wird es nicht zurücknehmen können. Man muss es überarbeiten und novellieren. Alle Rechtsansprüche, die in der Zwischenzeit vielleicht schon entstanden sind, erschweren diesen Prozess. Nehmen Sie das Gesetz zurück. Wir können hier heute nicht zustimmen. – Danke!

[Beifall bei den Grünen]